

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die bayrische Volkspartei gegen die Rückberufung Kahrs.

Abgabe an die Deutschnationalen.

München, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Bemühungen der Deutschnationalen, den bisherigen Ministerpräsidenten Kahrs neuerdings zum Ministerpräsidenten zu machen, werden eifrig fortgesetzt. Wir haben von Anfang an erklärt, daß diese Bemühungen zur Erfolgslosigkeit verurteilt sind. Jetzt wendet sich die bayrische Volkspartei mit aller Entschiedenheit gegen die deutschnationalen Einflüsse und darin wohl eine Verstärkung unserer Auffassung erblickt werden. Kahrs ist endgültig erledigt. Die bayrische Volkspartei hat sich auch eingesehen, daß die Deutschnationalen die nationalpolitische Bewegung nur für ihre separatistischen Zwecke mißbraucht haben. Die bayrische Volkspartei-Korrespondenz schreibt dazu, daß die deutschnationale Politik sich erst in dem Augenblick auf Bayern besonnen habe, als man vermeinte, Bayern für die eigenen politischen Pläne mißbrauchen zu können. Diese Politik habe auch den Ausgleich mit dem Reich mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht. Sie habe sich vor allem für die Gehaltung des bayrischen Ausnahmezustandes eingesetzt, weil sie hoffte, im Schatten des Ausnahmezustandes ihre parteipolitischen Ziele fördern zu können. Unter dem Deckmantel des Anzweifels gegen die Revolution verfolgten Kreise, die dieser Politik nicht fern stehen, Zwecke, die sich von revolutionären Zielen in nichts unterscheiden. Das bayrische Volk lehne jene revolutionären Generalrevolutionäre von rechts ab, die sich der verderblichen Gewalttat und des feigen Mordes bedienen. — Dieses ist wohl eine Abgabe an die Deutschnationalen, die als deutlich genug auch von diesen empfunden werden wird.

Keine Spur von den Mördern Gareis?

München wird uns geschrieben: Die Münchner Polizeidirektion ließ kurz nach der Ermordung des Genossen Gareis erklären, daß es sich um keinen politischen Mord handle. Inzwischen, nach dreimonatlichen Ermittlungen, hat die Münchner Polizei aber doch schon festgestellt, daß es sich um einen politischen Mord handle. Das wurde einem Münchner Gewerkschaftsbeamten gelegentlich seiner Vernehmung in der Mordsache mitgeteilt. Das ist immerhin schon ein Fortschritt. Wir vermessen aber die sonst übliche Geschäftigkeit der Polizeidirektion, diese neue Feststellung sofort der Presse zu übermitteln, wie sie das in anderen Fällen stets getan hat, insbesondere wenn es sich um Feststellungen handelte, die sich gegen Arbeiter richteten. Wir sind aber in der Lage, der Münchner Polizeidirektion bei ihren Nachforschungen nach den Mördern des Abgeordneten Gareis behilflich zu sein. Wir empfehlen ihr, sofort alle Zeugen nochmals zu vernehmen, die in der Mordnacht, in der letzten Versammlung und in der Straßenbahn, mit der Gareis nach Hause fuhr, einen jungen Menschen beobachteten, der ihnen auffiel. Wenn diesen Zeugen das Bild des Studenten Heinrich Tilsen, des einen Mörders Erzbergers gezeigt wird, dann wird die Münchner Polizei sehr schnell feststellen können, daß der Mörder Erzbergers auch der Mörder des Abgeordneten Gareis ist.

Ein Zettungsverbot in München.

München, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Polizeipräsident Pöhner hat das Heimatland, das ehemalige Organ der Einwohnerwehren, bis auf weiteres verboten. Das Verbot wurde ausgesprochen wegen des in unserm Leitartikel vom 12. September erwähnten Artikels dieses Escherich-Organs. Herr Pöhner scheint den Anschein der Unparteilichkeit anzustreben. Wird nichts mehr nützen.

Französisches Mißvergnügen.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der französische Ministerpräsident Briand wird, wie dem Berliner Tageblatt gemeldet wird, am 9. Oktober seine große Rede in Saint Nazaire halten. In diesem Zusammenhang schreibt der Abgeordnete Dutrey im Journal: Frankreich ist isoliert, die Entente besteht nur noch dem Wort nach. Frankreich findet England überall vor sich oder neben sich. Verschiedene amerikanische Staaten stehen gegen Frankreich. Die Vereinigten Staaten lehnen es trotz ausgezeichneter platonischer Kundgebungen ab, die französische Politik zu unterstützen. Sie halten dabei den Dollarkurs auf einer Höhe, der Frankreich ruinieren. Auf Spanien und Italien sei auch nicht zu rechnen und Deutschland sei unter dem Schild einer Republik in monarchischer Form von Nachgelassen erfüllt und bereit, einen Vertrag nicht auszuführen, von dem die Alliierten selber täglich ein wenig abböckelten. Das sei die gegenwärtige Lage vom internationalen Gesichtspunkt aus. Und im Innern sei es auch nicht viel besser.

Haag, 15. September. (L. V.) Der Londoner Korrespondent des Hamburger Handelsblat meldet, er habe aus

guter Quelle erfahren, daß Doumiers Besuch in London bezwecke, eine Veränderung des Versailler Vertrages zu erzielen. Der britische Schatzkanzler Horne habe aber erwidert, dies sei ohne die Teilnahme der anderen Mächte nicht möglich. Der Korrespondent des Handelsblat sagt hierzu, daß Frankreich wahrscheinlich auf eine Verschärfung des Vertrages gedrängt habe, besonders hinsichtlich der Fristverlängerung der Besetzung des Rheinlandes, welche Frankreich als sicherste Garantie gern länger als fünfzehn Jahre andauern lassen wolle.

Fortsetzung der Wiesbadener Besprechungen

Paris, 14. September. Der Intransigent bestätigt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach in kurzem mit einer neuen Zusammenkunft zwischen Loucheur und Dr. Rathenau in Wiesbaden zu rechnen ist. Die Besprechungen sollen dem Abschluß des vierten Nebenabkommens über die wirtschaftlichen Reklamationen für die Industrie, die Blechlieferungen, die Kohlenlieferungen und das Eisenbahnmateriale dienen, über die man sich das letztemal nicht zu einigen vermochte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das Abkommen bereits zum 1. Oktober perfekt werden könne. Das hänge in erster Linie von der Reparationskommission ab, deren Meinung vor der endgültigen Ratifikation gehört werden müsse.

Gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen.

Bamberg, 14. September. Die öffentlich-rechtliche Abteilung des Deutschen Juristentages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. von Staff-Berlin zusammen und beschäftigte sich mit den Sanktionen. Nach Beratungen von Professor Dr. Meurer-Würzburg und dem österreichischen Justizminister a. D. Dr. Klein-Wien wurde folgende Entscheidung angenommen: „Der Deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Ueberszeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Sie verletzen den Versailler Vertrag und das Völkerrecht.“

München, 15. September. (L. V.) Der Vorstand des Stadtkreisverbandes der Deutschen Demokratischen Partei hat eine Entscheidung gefaßt, in der gesagt wird: Das Fortbestehen der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen verstößt gegen die anerkannten Regeln des Völkerbundes und den Versailler Vertrag. Derselben Leute, die für die Aufrechterhaltung der Sanktionen ausreten, werfen Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages vor. Deutschland hat nach Kräften den Versailler Vertrag erfüllt. Die wirtschaftlichen Sanktionen gefährden die Volkswirtschaft des gesamten Deutschlands, vor allem des besetzten Gebietes, zu einer Zeit, in der der wirtschaftliche Zusammenbruch des Reiches droht. Die militärischen Sanktionen vergiften das politische Leben des deutschen Volkes.

Aufhebung des Streikrechts im besetzten Gebiet.

Aus Duisburg berichtet die Telegraphen-Union: Der Kommandierende General der Duisburger Besatzungstruppen ließ den Duisburger Arbeitergewerkschaften durch den Oberbürgermeister ein Schreiben zugehen, in dem betont wird, daß die Besatzungsbehörde nichts dagegen einzuwenden habe, daß die Arbeiter alle ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel anwenden, um eine Besserung ihrer Löhne herbeizuführen, daß sie aber andererseits darauf bestünde, daß die Anordnungen, die sie bezüglich des Streiks getroffen habe, unter allen Umständen beachtet werden. Ein Streik der öffentlichen Betriebe oder der ihnen angeschlossenen Betriebe, selbst wenn er nur einige Stunden dauere, könne nicht geduldet werden. Wenn sich zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Einigung nicht erzielen lasse, so hätten sich die Parteien an die laut Anordnung vom 24. August 1921 eingehend bezeichneten Schlichtungsorganisationen zu wenden. Zuwiderhandlungen werden mit strengen Strafen geahndet.

Ditwig von Hirschfeld wieder in Haft?

Berlin, 14. September. (L. V.) Wie die Tel.-Union erfährt, ist die Mitteilung, daß der Fähnrich Ditwig von Hirschfeld sich in Freiheit befindet, unrichtig. Hirschfeld verbleibt seit dem 10. September den Rest der wegen seines damaligen Attentats auf Erzberger auferlegten Strafe. Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt bis jetzt nicht vor.

Die neuen englisch-irischen Verhandlungen.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Sitzung des irischen Parlaments vom 14. September wurde die Antwort an Lord George besprochen und gutgeheißen. Es wurde eine irische Delegation ernannt, die mit der britischen Regierung verhandeln wird. Richard Griffith wird Führer dieser Delegation sein. Außer Griffith gehören Collins, der Führer des irischen Heeres und vier weitere Mitglieder des Stansfeiner-Parlaments der Anordnung an. De Valera wird an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

London, 15. September. (L. V.) Die außerordentliche Sitzung des Upper-Parlaments beginnt am 20. September. — Man erwartet eine Bereitwilligkeitserklärung der Regierung zu den Besprechungen Süds- und Nordirland, wenn die Rechte des Nordens künftig gewährleistet werden.

Die Brustfäden des Meuchelmordes.

Bayern und Schlesien.

Als Erzberger ermordet wurde, knapp 10 Wochen nach der Ermordung unsres Genossen Gareis, richteten sich alle Blicke nach München. Allgemein war die Empfindung, daß auch dieser Mord in der Münchner Mörderzentrale geplant und von München aus verübt worden sei. Ganz instinktiv tat sich der Verdacht gegen die Zufluchtsstätte aller Gegenrevolutionäre und Mordheher auf. Aber Pöhner und seine Polizei wußten natürlich von nichts. Und die Behauptung, daß dieser Mord in der Atmosphäre ausgebrütet worden sei, die die Regierung Kahrs-Roth in Verbindung mit Herrn Pöhner geübt hat, erregte die stilles Entrüstung aller derer, die für diese vollkommenen Unschuldslämmer und Ehrentölpel in Zeitungen schreiben.

Sie alle müssen jetzt mit ihren Protektoren die betrübliche Erfahrung machen, daß die sorgsam behütete Zufluchtsstätte für alle Feinde der Republik und Mordheher denn doch noch nicht ganz sicher ist. Seiner eigenen Polizei ist Herr Pöhner freilich sicher, aber da die Wuttat an Erzberger auf badiischem Boden verübt wurde, konnte er nicht hindern, daß die Staatsanwaltschaft von Offenburg einen Einbruch nach Bayern verübte und das Mordnest in München aushob. Die Staatsanwaltschaft in Offenburg hat in diesem Falle nicht, wie das sonst allgemein üblich ist, sich damit begnügt, die Polizei am Wohnort der Täter um Ermittlungen zu ersuchen. Sie hätte ja auch keinen schlimmeren Vorkauf als die Pöhner-Polizei, deren Wirken im Falle Dobner-Bracheur noch in frischer Erinnerung ist. Die badiische Staatsanwaltschaft nahm den Fall selber in die Hand, das Resultat liegt vor. Die rechtzeitige Flucht der Mörder konnte sie allerdings nicht mehr hindern. Sie sind gewarnt worden und von wem, das brauchen wir nicht erst zu sagen. Jetzt meldet Wolffs Bureau aus München beflissen in die Welt, daß die Mörder und ihre Helfershelfer keine kodenständigen Münchner und Bayern sind. Als ob das etwas an der Schuld der Regierung Kahrs und des Polizeipräsidenten Pöhner änderte! Als ob die Tatsache, daß sie vermittels des gegen die Arbeiterklasse gerichteten Ausnahmezustandes Bayern zum Schlusswinkel der deutschnationalen Verschwörer gegen die Republik und gegen das Leben ihrer Träger gemacht haben, daß sie in der Presse die schamloseste Mordhege vor jeder Bekämpfung durch die Presse der Linken geschüht haben, indem sie das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie in München unterdrückten, als ob diese Tatsache irgendwie in ihrem Wesen dadurch geändert würde, daß aus Norddeutschland stammende Halenkreuzer den Mord geplant und vollbracht haben. Jenes Münchner Blatt, das da schrieb, die Aufdeckung, daß der Mord von München aus organisiert worden sei, daß die Mörder sich dort sicher gefühlt haben, müsse die Bayern mit tiefer Scham erfüllen, hatte ein etwas gesunderes, stilleres Empfinden als der geschickte Verfasser jener dummen Wolffsbespeisen.

Die Pöhnerpolizei hat die Aufdeckung der Mörderzentrale nicht verhindern können. Es muß gefordert werden, daß sie auch im weiteren Fortgang der Untersuchung nicht in die Lage kommt, Spuren zu übersehen und Tatsachen zu verkennen. Die muß durchaus in der Hand der badiischen Justizbehörden bleiben und muß bis zum äußersten durchgeführt werden. Die Verdunkelungsversuche haben bereits eingesehen. So berichtet die berüchtigte T. U. aus München vom 14. September, nach den bisherigen Erhebungen hätten sich Anhaltspunkte für ein förmliches Komplott zur Ermordung Erzbergers nicht ergeben, wie aus den Ermittlungen des badiischen General-Staatsanwalts hervorgehe. Da ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Daß kein förmliches Komplott vorliegen soll, wenn die Mörder an zehn Mitwisser hatten, das glauben doch selbst die Leute nicht, die durch das Lesen der deutschnationalen Presse und der Allgemeinmeldungen der T. U. ihre Urteilskraft geschwächt haben. Bemerkenswert ist, mit welchem Eifer der bekannte Dr. Heim feststellt, daß er mit den beiden Mördern, die ein Jahr als Volontäre in dem landwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, der Herrn Dr. Heim untersteht, keinerlei Verbindung gehabt habe; er sei stets bemüht gewesen, ehemalige Offiziere anzunehmen und ihnen das Einarbeiten in den landwirtschaftlichen Beruf zu ermöglichen und nur deswegen seien Schulz und Tilsen aufgenommen worden. Sie haben nach Verlauf des Ausbildungsjahres den Betrieb vor einem halben Jahre wieder verlassen. Die Offenburgers Staatsanwaltschaft hat im Betriebe Dr. Heims, d. h. in den Zimmern, die die beiden Mörder dort bewohnt haben, eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen. Es ist bezeichnend, daß Herr Dr. Heim sich durch diese Hausdurchsuchung persönlich betroffen fühlt und sich über die Ermittlung badiischer Behörden in die bayrischen Interna beschwert. Die Rechtsprelle stellte bereits eine Beschwerde Dr. Heims im Reichstag in Aussicht. Dabei hat sich die Hausdurchsuchung, nach einer Erklärung der Staatsanwaltschaft Offenburg gar nicht gegen Dr. Heim gerichtet, sondern sie sollte nur feststellen, ob über die beiden Mörder